

Stadt Haan
Niederschrift über die
**12. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten
der Stadt Haan**
am Mittwoch, dem 13.11.2024 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:35

Vorsitz

Stv. Tobias Kaimer

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Prof. Dr. Edwin Bölke

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für AM Greeff

SPD-Fraktion

AM Ulrich Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

AM Sandra Niklaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

AM Bernard Pla

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker

Stv. Nicola Günther

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Schriftführung

StA Daniel Jonke

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Verwaltung

StRD'in Andrea Kotthaus
StVD'in Doris Abel
StBAR Ulf Dalkmann
Frau Andrea Kronauer
StHS'in Simone Herweg

Gäste

Herr Dr. Arne Köster

Der Vorsitzende Stv. Kaimer eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Sachstandbericht Rettungsdienst knapp 1 Jahr nach Krankenhausschließung

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** begrüßt den Leiter des Rettungsdienstes des Kreises Mettmann, Herrn Dr. Köster und bittet ihn, zum Sachstand zu berichten.

Herr Dr. Köster berichtet zum Sachstand des Rettungsdienstes zirka ein Jahr nach Schließung des Krankenhauses Haan ([Präsentation – siehe Ratsinfosystem TOP 2](#)).

Stv. Braun-Kohl bedankt sich für den Sachstandsbericht und möchte wissen, ob der jetzige Stand in Bezug auf neurologische Notfälle ausreichend sei, oder ob auch verstärkt in das Umland ausgewichen werden muss.

Herr Dr. Köster führt aus, dass die Notfälle in Hauptsache nach Mettmann und Solingen gefahren würden, aber natürlich auch Düsseldorf, Leverkusen, etc. bei Bedarf angefahren würden. Das sei jedoch nicht erst mit Schließung des Krankenhauses Haan der Fall, sondern werde schon seit jeher so praktiziert.

Stv. Lukat bedankt sich ebenfalls für den Bericht, verweist auf aktuelle gesetzliche Änderungen und möchte in diesem Rahmen wissen, wie diese sich auf Haan auswirken werden.

Herr Dr. Köster erläutert, dass das Notfallreformgesetz auf Bundesebene diskutiert worden sei. Die besprochene Fassung sei sehr gut gewesen, daher hoffe er, dass dieses auch so verabschiedet werde. Jedoch wird dies vermutlich erst nach der vorgezogenen Bundestagswahl der Fall sein.

Auf Landesebene sei eine verstärkte Vernetzung mit der kassenärztlichen Vereinigung vorgesehen. In Verbindung mit dem telefonischen ärztlichen Notdienst unter 116117 könne dies ein wichtiger Schritt sein, um Fehleinsätze zu vermeiden.

Aktuell habe man viele sog. Fehleinsätze, welche nicht abgerechnet werden können, da lediglich eine Behandlung vor Ort, jedoch keine Transportleistung erfolge.

StRD'in Kotthaus ergänzt, dass die Verhandlungen mit den Krankenkassen problematisch seien. Die Kosten der Fehleinsätze sind von der Stadt zutragen, da durch die fehlende Transportleistung keine Abrechnung mit den Kassen möglich sei.

Der Vertreter des Seniorenbeirates, **AM Dr. Brockmeyer** fragt nach den Fahrtzeiten zu den einzelnen Krankenhäusern.

Herr Dr. Köster teilt mit, dass sich die Transportzeiten zwischen 8 und 11 Minuten bewegen. Genauer könne er dies jedoch noch nicht ausführen, da hierzu noch keine entsprechenden Listen existieren. Die entsprechenden Daten seien aber vorhanden, so dass in nächster Zeit hierzu eine Auswertung erfolgen könne.

Stv. Kunkel-Grätz verweist darauf, dass in der Neurologie in Mettmann weitere Betten aus anderen Bereichen hinzugezogen werden sollen und möchte wissen, ob diesbezüglich dort etwas geplant sei.

Herr Dr. Köster erläutert, dass das eigentliche Problem eher die fehlenden Fachkräfte sein. Die entsprechenden Zimmer seien vorhanden, könnten jedoch aufgrund des Fachkräftemangels nicht betrieben werden. Baulich soll das Krankenhaus Mettmann vergrößert werden, worunter auch eine Erweiterung der Stroke Unit geplant sei. Dies werde aber noch einige Jahre dauern.

AM Abel verweist auf die Idee, enger mit den Hausärzten zusammen zu arbeiten und die Patienten ggf. dorthin zu verbringen.

Herr Dr. Köster bestätigt, dass es solche Überlegungen gäbe und er sich für die Zukunft eine solche Zusammenarbeit, vor allem im ländlichen Raum, vorstellen könne. Das Landesgesetz würde eine solche bereits ermöglichen. Generell solle die Struktur jedoch vorerst auf den telefonischen ärztlichen Notdienst unter der 116117 ausgerichtet werden.

Stv. Dr. Bölke verweist darauf, dass die Wartezeiten in den Krankenhäusern, nach Anlieferung der Patienten teilweise mit 6 bis 8 Stunden sehr lang seien. Zudem entstehe das Gefühl, dass Patienten früher entlassen würden, weil nicht genügend Fachkräfte vor Ort seien.

Herr Dr. Köster führt aus, dass es durchaus eine Überlastung der Notaufnahmen gäbe und die Krankenhäuser bemüht seien, den Patienten schnellstmöglich zu helfen. Auch hier verweist er auf den telefonischen ärztlichen Notdienst unter der 116117, da dies zur Vermeidung von Fehleinsätzen und zur besseren Steuerung der Notfallversorgung beitragen könne.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** bedankt sich zum Schluss des Tagesordnungspunktes ebenfalls bei Herrn Dr. Köster für den ausführlichen Sachstandsbericht.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3./ Haushaltsplanberatungen 2025; Feuerschutz und
Ordnungsangelegenheiten
Vorlage: 20/138/2024**

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf die Anfragen der WLH-Fraktion zum Haushalt sowie den dazugehörigen Antrag, dass zu den Produkten 020110, 020120, 020310 das Ergebnis aus 2023 in den Ansatz 2025 und die Planung 2026 ff. aufgenommen wird. Zudem sei im Bereich des kommunalen Ordnungsdienstes eine Stellenreduzierung von 1,0 angegeben. Dies sei jedoch nicht schlüssig, da dies im Stellenplan anders dargestellt sei.

StRD'in Kotthaus erläutert, dass es sich dabei um eine Stelle im ruhenden Verkehr handelt, an welcher ein kw-Vermerk im Stellenplan vermerkt war. Da die Stelle frei geworden ist, ist diese gemäß dem Vermerk weggefallen.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** schlägt vor, den Antrag der WLH-Fraktion bezüglich der Erhöhung des Ansatzes im Haupt- und Finanzausschuss weiter zu beraten.

Im Anschluss ruft er die einzelnen Produkte zwecks Beratung auf.

Produkt 020110

Die WLH-Fraktion hatte hier beantragt, unter Position 7 „sonstige ordentliche Erträge“ das Ergebnis aus 2023 als Basis für den Ansatz 2025 zu nehmen und diesen somit von 10.000, - Euro auf 55.000, - Euro zu erhöhen.

Stv. Stracke verweist auf Position 11 „Personalaufwendungen“. Dort sei für 2024 ein Ansatz von 429.779, - Euro und für 2028 ein Ansatz von 371.179, - Euro angegeben. Er möchte daher wissen, welche Stellen dort konkret eingespart würden, so dass man davon ausgehe, dass der Ansatz sich kontinuierlich verringere.

StRD'in Kotthaus erläutert, dass derzeit keine weiteren Stellenreduzierungen geplant seien.

Produkt 020120

Die WLH-Fraktion hatte hier beantragt, unter Position 7 „sonstige ordentliche Erträge“ das Ergebnis aus 2023 als Basis für den Ansatz 2025 zu nehmen und diesen somit von 3.000, - Euro auf 100, - Euro zu reduzieren.

Stv. Stracke verweist auf die dort aufgezeigten Kennzahlen und vergleicht die Ist-Zahlen von 2023 mit den Plan-Zahlen von 2024. Teilweise seien die Erhöhungen nicht nachvollziehbar. Als Beispiel nennt er hier die Zahl der Meldevorgänge, welche von 2.727 auf 4.091, oder die Zahl der beantragten Führungszeugnisse, welche von 1.242 auf 1.863 steigt.

StRD'in Kotthaus führt hierzu aus, dass die Zahlen nur teilweise aus dem Fachprogramm auswertbar seien. Es gäbe auch in der Praxis immer wieder extreme Ausreißer nach oben. Beispielsweise hatte ein Bürger benötigte ein Bürger nicht nur eine Beglaubigung, sondern 75 auf einmal. Solche Fälle würden im Jahr immer wieder auftreten, was die Zahlen teilweise stark ansteigen lasse.

Produkt 020130

Keine Anmerkungen

Produkt 020140

Keine Anmerkungen

Produkt 020150

Keine Anmerkungen

Produkt 020210

Keine Anmerkungen

Produkt 020220

Stv. Stracke verweist auf die Nr. 17 „Ordentliche Aufwendungen“ und möchte wissen, weshalb der Ansatz von 2024 nach 2025 um 30.000, - Euro gestiegen ist. Zudem bittet er zukünftig auch kleinere Änderungen in die Erläuterungen mit aufzunehmen, um die Zahlen besser nachvollziehbar zu machen.

StRD'in Kotthaus erklärt, dass die Ansätze in der Vergangenheit oft zu niedrig waren. Man habe sich nun vorgenommen, die Ansätze zukünftig realistischer zu gestalten.

Produkt 020230

Stv. Stracke fragt an, ob die Abschreibungen für die Traffostation auch über die Gebühren einkalkuliert werden.

StRD'in Kotthaus teilt mit, dass die Kirmes ein eigenes Stromnetz habe. Man sei derzeit in Verhandlungen mit der Westnetz, ob ggf. die alte Traffostation ertüchtigt werden könne. Die Abschreibungen würden aber bei der Kalkulation der Gebühren berücksichtigt.

Produkt 020310

Die WLH-Fraktion hatte hier beantragt, unter Position 7 „sonstige ordentliche Erträge“ das Ergebnis aus 2023 als Basis für den Ansatz 2025 zu nehmen und diesen somit von 250.000, - Euro auf 330.000, - Euro zu erhöhen.

Produkt 020320

Stv. Stracke verweist auf Punkt 4 „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ und möchte wissen, weshalb der Ansatz von 85.000, - Euro auf 50.000, - Euro verringert worden ist.

StVD'in Abel erläutert, dass der Ansatz zu den Einnahmen aus Parkscheinautomaten bisher immer bei 85.000,- Euro gelegen habe, dieser jedoch nie erreicht worden sei. Der Ansatz wurde daher auf 50.000, - Euro reduziert, was einen realistischeren Ansatz darstelle.

Produkt 020410

Stv. Stracke verweist darauf, dass keine Planungskosten für das Feuerwehrhaus in Gruiton eingestellt seien.

StVD'in Abel bestätigt dies. Dies liege jedoch daran, dass bisher immer mehr eingestellt worden sei, als tatsächlich benötigt worden sei. Im Rahmen der Ermächtigungsübertragungen würden nun die noch vorhandenen finanziellen Mittel aus 2023 nach 2025 übertragen, um so die Kosten in 2025 decken zu können. Neue finanzielle Mittel seien daher nicht notwendig.

Produkt 020420

Keine Anmerkungen

Produkt 020430

Keine Anmerkungen

Stv. Lukat verweist auf die Anfrage der WLH-Fraktion vom 11.11.2024 bezüglich der Bezirksdienstwache der Polizei in Haan.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass eine solche vertragliche Änderung einen neuen entsprechenden Beschluss des Rates erfordere. Der Ratsbeschluss vom 09.06.2020 mit der Projektfreigabe zur Bauverpflichtung am Standort Kaiserstr. 21 wurde damals mit 14 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen und wird von der Verwaltung entsprechend umgesetzt. Bereits in 2020 wurde der damalige Antrag der WLH-Fraktion zum Standort Feldstr. / Diekerstr. abgelehnt. Im Übrigen gelte: „Pacta sunt servanda“ – „Verträge sind einzuhalten“.

StVD'in Abel ergänzt, dass im Falle einer Betrachtung eines neuen Baufeldes die bisherigen Baukosten als verlorene Baukosten im Haushalt konsumtiv zu veranschlagen seien, was erhebliche negative Auswirkungen haben würde.

Beschluss:

Aufgrund noch offener Fragestellungen wird der Haushalt für den Bereich des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten lediglich zur Kenntnis genommen, die Entscheidung ausgesetzt und in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Gebührenbedarfsberechnung 2025 für den Wochenmarkt der Stadt Haan Vorlage: 60/075/2024

Beschlussvorschlag:

Die Gebührenbedarfsberechnung für den Wochenmarkt der Stadt Haan 2025 wird zur Kenntnis genommen. Eine Satzungsänderung ist aufgrund des gleichbleibenden Gebührenbedarfs nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist auf die vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.11.2024. Diese sei schriftlich von der Verwaltung beantwortet (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 5*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

6./ Mitteilungen

Protokoll:

AM Zipper teilt mit, dass sich nicht alle Gastronomiebetriebe an die Preisauszeichnungverordnung halten würden und empfehle daher, dies verstärkt zu kontrollieren.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** teilt mit, dass aktuell noch weitere Wahlhelfer_innen für die anstehende Bundestagswahl gesucht würden.

Stv. Stracke verweist darauf, dass die Parteien diesbezüglich in der Vergangenheit angeschrieben worden seien und bittet dies entsprechend wieder zu tun.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** weist darauf hin, dass der neue Brandschutzbedarfsplan im Jahr 2025 vorliege. Er schlägt hierzu vor, diesen im Vorfeld zur Beratung im Ausschuss in einer kleinen Arbeitsgruppe vorher zu beraten.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.